

Horn von Afrika. Djibouti lebt vom Schiffsverkehr in der Bab-el-Mandab-Straße. Im aktuellen Konflikt will es neutral bleiben.

In der neuen Krise im Roten Meer spielt Djibouti eine strategische Schlüsselrolle

VON DUYGU ÖZKAN

Wien/Djibouti. Am Roten Meer ordnen sich die Verhältnisse neu. Während die Weltöffentlichkeit auf den Persischen Golf und die Straße von Hormuz blickt, bleibt die Lage auf der anderen Seite der Arabischen Halbinsel genauso volatil. Dieser Tage hat Saudi-Arabien die Bildung einer Militäralianz angekündigt, wobei die Anrainerstaaten die Sicherheit des Schiffsverkehrs gewährleisten sollen – denn die mit dem Iran verbündeten, jemenitischen Houthi-Milizen sorgen mit Angriffen und Störaktionen weiterhin für Chaos zwischen dem Golf von Aden und dem Roten Meer.

Riad betont mit der Initiative die Parität aller Anrainerstaaten, gleichzeitig ist eindeutig, dass das mächtige Königreich die Fäden zieht. Dieser Übermacht kann sich ein Land wie Djibouti, das nun Teil der Militär-

würde Äthiopien betreffen: Djibouti ist der einzige Hafen, von dem Güter in den Binnenstaat gelangen. Eine Mautgebühr für die Tanker, wie es die Iraner gerade in der Straße von Hormuz erzwingen wollen, lehnt Djibouti daher vollumfänglich ab.

„Schatz“ unter dem Meer

Durch die Lage am Horn von Afrika ist nicht nur der Hafen von Djibouti strategisch relevant. In der Meeresenge Bab el-Mandab verlaufen die Glasfaserkabel, die nicht nur für Europa den Internetzugang sichern. Djibouti positioniert sich nun aktiv als Glasfaser-Hub; der Internetverkehr in der gesamten Region soll über Djibouti laufen, Initiativen dazu hat das Land bereits gestartet. Allerdings gibt es auch hier Gefahren. Die Houthis wissen um diesen „Schatz“ unter dem Meer, Experten zufolge können sich Sabotageakte häufen. Im Übrigen haben die vielen Militärbasen auch dazu geführt, dass Djibouti zu einem Spionage- und Geheimdienstzentrum wurde.

Mit den aktuellen Ereignissen wird die Regierung unter Ismail Omar Guelleh versuchen, ihre Macht zu konsolidieren. Der 78-Jährige regiert seit 1999 mit eiserner Hand und hat sich erst heuer im April mit fast 98 Prozent wieder wählen lassen – die Opposition boykottierte die Wahl. „Der Präsident altert“, sagt Bezabeh, „und verschiedene Gruppen bereiten sich auf die Nachfolge vor.“ Zwei Klans, die Afar und die Issa, konkurrieren um die Macht in dem kleinen Land, wobei die Issa unter sich ebenfalls fragmentiert sind. Bricht die Nachfolgefrage während der aktuellen außenpolitischen Krise aus, droht nicht nur Djibouti ein Konflikt. Die verschiedenen Ethnien leben auch in den benachbarten Ländern am Horn von Afrika und könnten in den Konflikt hineingezogen werden, warnt Bezabeh.



lianzt ist, nicht erwehren. Gleichzeitig aber gewinnt das Land am Horn von Afrika immer mehr an Bedeutung. Erstens liegt es direkt an der Bab-al-Mandab-Straße und somit an einem der zentralen Handelswege, die durch die Houthi-Angriffe in Mitleidenschaft gezogen werden. Zweitens beherbergt Djibouti gleich eine Reihe von ausländischen Militärbasen. Die europäischen Staaten Großbritannien, Spanien, Deutschland und Italien sind hier genauso vertreten wie Japan. Darüber hinaus sind China und die USA hier mit ihren Basen praktisch Nachbarn.

Eine Hungerkrise droht

Angesichts des Iran-Krieges herrscht in den Stützpunkten reger Verkehr. Von hier aus hat Berlin nun zwei deutsche Kriegsschiffe, darunter ein Minenjagdboot, in das östliche Mittelmeer verlegt. „Es ist davon auszugehen, dass das Interesse an Djibouti aus der Ölkrise gestiegen ist“, sagt Samson Abebe Bezabeh, Professor für Afrikanische Studien an der Universität Hongkong. Die Kooperation mit Djibouti liege auch deswegen nahe, weil der Nachbar Eritrea international isoliert ist. In seiner Außenpolitik versucht Djibouti neutral zu bleiben: Das Land braucht Riad als Investor, gleichzeitig bestehen diplomatische Beziehungen zum Iran. „Sie können es sich nicht leisten, Teil dieses Konfliktes zu sein“, sagt Djibouti-Experte Bezabeh. Aus diesem Grund hat es Djibouti im Mai den USA nicht erlaubt, von ihrem Territorium aus die Houthis mit Raketen anzugreifen. Die große Konfrontation mit Washington kann sich Djibouti allerdings auch nicht leisten.

Jüngsten UN-Angaben zufolge sind aktuell mehr als 256.000 Menschen, das ist ein Viertel der Gesamtbevölkerung, von einer Hungerkrise bedroht. Wenn die Houthis den Schiffsverkehr stören, betrifft das nicht nur Tanker mit Energierohstoffen. Die Miteinnahmen von den Militärbasen sind nicht hoch genug, um die Wirtschaft am Laufen zu halten. Eine größere Hungerkatastrophe

Iran zwingt Saudi-Arabien zu riskanter Strategie

Analyse. Das saudische Königreich ergreift aktiv Partei gegen den Iran. Zugleich sehen die Saudis aber, welche Gefahren eine Eskalation des Kriegs bringen würde.

Von unserem Korrespondenten
THOMAS SEIBERT

Istanbul/Riad. Kaum ein Land im Nahen Osten hat so häufig seine Grundhaltung zum Iran-Krieg revidiert wie Saudi-Arabien. In den ersten Wochen nach Kriegsausbruch am 28. Februar feuerte die sunnitische Führungsmacht die Angreifer USA und Israel gegen den schiitischen Rivalen Iran an. Dann zog sich Riad auf eine neutrale Position zurück, weil klar wurde, dass die Islamische Republik den Krieg überstehen würde. Zuletzt hat Saudi-Arabien aktiv Partei gegen den Iran ergriffen – doch nur sehr widerwillig. Und das hat gewichtige Gründe.

Im März sah der saudische Thronfolger und Machthaber Mohammed bin Salman eine „historische Gelegenheit“. Der ganze Nahe Osten könne neu geordnet werden, schärfte der Prinz dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump laut Medienberichten am Telefon ein. Trump solle seinen Feldzug gegen den Iran bis zur Entmachtung der theokratischen Diktatur in Teheran fortsetzen, sagte Mohammed bin Salman damals. Ein vorzeitiges Ende des Kriegs wäre ein Fehler.

Angst vor Irans Vergeltungsschlägen

Inzwischen klingt Mohammed bin Salman, kurz MbS, in Gesprächen mit Trump anders. Der Prinz rief jetzt den Präsidenten an, um nach dessen jüngsten Drohungen mit einem Großangriff auf den Iran für Deeskalation zu werben. Der 40-jährige Thronfolger befürchtet, dass Vergeltungsschläge der Iraner auf Öl- und Gasanlagen in der Golf-Region zielen würden. Trump sagte am Wochenende vorerst den angekündigten US-Großangriff wieder ab und kündigte neue Verhandlungen

mit Teheran an. Wirtschaftliche und politische Entwicklungen machten den Kronprinzen vom Kriegsanhänger zum Befürworter einer diplomatischen Lösung. Die saudische Wirtschaft ist wegen des Krieges um fast fünf Prozent geschrumpft, der Ölsektor als wichtigster Bereich der Volkswirtschaft brach im Vergleich zum vorigen Jahr um mehr als 20 Prozent ein.

Der Ruf des Königreichs als stabiler Investitionsstandort, Zentrum der Hochtechnologie und Austragungsort großer Sportereignisse ist erschüttert. Der Große Preis von Bahrain und Saudi-Arabien der Formel Eins musste wegen des Krieges nach Malaysia verlegt werden.

„Saudi-Arabien ist im Auge des Sturms“

Anders als von MbS und Trump zu Beginn des Krieges erhofft, hat das iranische Regime die wochenlangen Bombardements im März und April überlebt. Der Iran hat Saudi-Arabien und andere arabische Staaten beschossen und sich mit der Kontrolle über die Straße von Hormuz einen wirksamen Hebel verschafft, mit dem er die USA unter Druck und die Nachbarn auf der anderen Seite des Persischen Golfes erpressen kann. „Saudi-Arabien ist im Auge des Sturms“, kommentierte der US-Sender CNN.

Saudische Politiker sind wie ihre Kollegen in anderen arabischen Ländern enttäuscht darüber, dass die USA sie trotz ihrer großen Militärpräsenz in Nahost nicht vor Irans Angriffen schützen konnten. Ölanlagen, Flughäfen und Stützpunkte in Saudi-Arabien gerieten unter iranischen Beschuss. MbS bemüht sich nun um moderne Abwehrsysteme und verhandelt auch mit der Ukraine. Anschaffung und Einrichtung neuer Abfangraketen dauern jedoch Monate.

Trumps Unberechenbarkeit hat den Ruf Amerikas als verlässlicher Partner weiter



Nach Luftangriff im Irak.

Gemeinsam mit den USA hat Saudi-Arabien proiranische Milizen ins Visier genommen. AFP/Zaid Al-Obaidi

ramponiert. Als USA und Saudi-Arabien kürzlich den Abschluss eines Abkommens über die Lieferung von US-Atomtechnologie an Riad bekanntgaben, schob Trump zum Ärger der saudischen Regierung die Bedingung hinterher, der Vertrag gelte nur bei einem Friedensschluss zwischen Saudi-Arabien und Israel – was MbS ablehnt.

Saudis bombardieren Milizen im Irak

„Saudi-Arabien steckt in einer schwierigen strategischen Lage“, sagt der Nahost-Experte Joe Macaron. „Wenn sich das Land voll auf die Seite der USA stellt, setzt es sich Bedrohungen durch den Iran aus“, sagte Macaron der „Presse“. Doch einen Sturz des iranischen Regimes will Riad heute auch nicht mehr: Denn das würde aus saudischer Sicht Israel stärken und zu regionaler Instabilität führen.

Deshalb blieb MbS im Iran-Konflikt lange passiv, obwohl sein Land häufig zum Ziel iranischer Angriffe wurde. Der Prinz ordnete zwar einige Luftangriffe auf iranische Ziele an, mit denen er sich in Teheran etwas Respekt verschaffen wollte. Doch sonst hielt er den Krieg so gut es ging auf Armpläne. Im Mai verbot er den USA die Nutzung eines saudischen Luftwaffenstützpunkts für Aktionen gegen den Iran. Raushalten ist aber auch keine Lösung mehr, stellt die Führung in Riad jetzt fest. Saudi-Arabien wird zur Kriegspartei.

Saudische Kampfflugzeuge griffen vorige Woche zusammen mit der US-Luftwaffe die Stellungen des proiranischen Milizenverbandes PMF im Irak an, nachdem die PMF saudische Ölanlagen ins Visier genommen hatte. Auch der Konflikt mit den ebenfalls proiranischen Huthis im Jemen verschärft sich wieder. Die Huthis wollen keine Öltanker mehr durch

das Rote Meer zu saudischen Häfen fahren lassen und haben saudische Schiffe und Ölanlagen angegriffen. Saudische Jets bombardierten den Flughafen der jemenitischen Hauptstadt Sanaa.

Auch auf anderem Gebiet will Riad dem Iran und den Huthis stärker als bisher Paroli bieten. Zusammen mit 13 anderen Staaten – darunter die Türkei, Katar, Pakistan und Ägypten – gründete Saudi-Arabien jetzt eine multinationale Militärkoalition zur Sicherung der Schifffahrt im Roten Meer. Die USA fehlen in der Koalition: ein Zeichen dafür, dass sich die Saudis nicht mehr völlig auf Washington verlassen wollen.

Was die neue Koalition militärisch kann und was nicht, werden die kommenden Wochen zeigen. Fest steht schon jetzt, dass MbS seine Ohne-Mich-Haltung aufgegeben hat. Nach Einschätzung des Experten Macaron ist die Bewahrung des saudischen Wirtschafts-Reformprogramms die oberste Priorität für den Prinzen. Gleichzeitig wolle Riad die Macht des Iran in der Region begrenzen, was Kontakte mit Teheran aber nicht ausschließe. Außerdem steht MbS trotz aller Kritik an Trump zum Bündnis mit den USA, denn Amerika ist wirtschaftlich, politisch und militärisch für die Saudis bis auf weiteres unersetzlich.

Auch als Kriegspartei hat Saudi-Arabien nur begrenzte Möglichkeiten, wie Macaron analysiert. MbS werde versuchen müssen, seinen „diplomatischen Balanceakt“ fortzusetzen, die militärische Verteidigungsfähigkeit seines Landes zu sichern und Rückschläge für die saudische Wirtschaft abzufedern. Darüber hinaus bleibe dem Kronprinzen nur eines – „die Hoffnung, dass der Konflikt eher früher als später endet“.

„Entweder du gehst zur Partei Erdogans oder ins Gefängnis“

Türkei. Immer mehr Oppositionspolitiker in der Türkei treten zur Regierungspartei AKP über – offenbar nicht ganz freiwillig.

Von unserer Korrespondentin
SUSANNE GÜSTEN

Istanbul. Eren Ali Bingöl zählte sich bis vor Kurzem zur politischen Opposition in der Türkei. Schon mit 18 trat der heute 33-Jährige in die Oppositionspartei CHP ein und wurde vor zwei Jahren zum Bürgermeister der Industriestadt Tuzla, südöstlich von Istanbul, gewählt. Jetzt trat Bingöl zur Regierungspartei AKP von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan über und begründete den Wechsel mit Kritik an der CHP-geführten Großstadtverwaltung von Istanbul. In Wirklichkeit sei Bingöl erpresst worden, sagt Oppositionsführer Özgür Özel.

„Bingöl hat mich angerufen und geweint“, sagte Özel dem Nachrichtenportal T24. „Sie haben ihm gesagt: Entweder du gehst ins Gefängnis, oder du gehst zur AKP.“

Bingöl sei frisch verheiratet und habe ein kleines Kind. Deshalb sei er zur AKP übergetreten, sagte Özel. Offiziell hatte Bingöl lediglich erklärt, der Wechsel sei ihm sehr schwer gefallen. Wie Bingöl sind in jüngster Zeit eine ganze Reihe türkischer Oppositionspolitiker der AKP beigetreten. Erdoğan begrüßte allein vorige Woche fünf Istanbul Mandatsträger als Neuzugänge, darunter Bingöl. Es gibt viele Beispiele dafür, dass sich der Wechsel für einen Politiker lohnen kann. Die Bürgermeisterin der westtürkischen Stadt Aydin, Özlem Çerçioğlu, schlug sich jahrelang mit Ermittlungen wegen Amtsmissbrauch herum. Nachdem sie der AKP beitrug, wurde das Verfahren eingestellt.

AKP in Istanbul wird immer größer

Die Wechselwelle könnte die politischen Machtverhältnisse in der Türkei trotzdem verändern. In Istanbul, wo Bürgermeister und Erdoğan-Herausforderer Ekrem İmamoğlu im vorigen Jahr inhaftiert wurde, sind inzwischen so viele Mitglieder des Stadtrats zur AKP übergetreten, dass die Erdoğan-Partei am Bosphorus bald die Mehrheit im Kommunalparlament erreichen könnte, obwohl sie die letzte Wahl vor zwei Jahren verloren hatte. Auch Erdoğan persönlich könnte von den Neuzugängen profitieren. Derzeit fehlt der AKP und ihren Verbündeten die Parlamentsmehrheit, um Neuwahlen anzusetzen. Laut Verfassung braucht Erdoğan die Parlamentsentscheidung für vorgezogene Wahlen, um sich für eine weitere Amtszeit als Staatschef zu bewerben. Turnusgemäß steht die nächste Parlaments- und Präsidentschaftswahl im Mai 2028 an.

Überläufer stehen im Visier der Justiz

Auch Parlamentsabgeordnete wechseln zur Regierungspartei. Seit der letzten Wahl 2023 ist die Parlamentsfraktion der AKP durch Übertritte um mindestens 14 Abgeordnete gewachsen. Dass Politiker die Partei wechseln, kommt in der Türkei häufiger vor als in Westeuropa. Oft wollen sich die Überläufer bessere Chancen für die nächste Wahl sichern.

Die derzeitige Bewegung aus den Oppositionsreihen zur AKP ist ungewöhnlich, weil sie mit einer Welle von Ermittlungen und Prozessen gegen Oppositionspolitiker einhergeht. Mehr als zwei Dutzend Bürgermeister aus Oppositionsparteien sitzen im Gefängnis, meistens wegen Korruptionsvorwürfen.

Erdoğan's Kritiker sprechen von politisch motivierten Verfahren und verweisen darauf, dass die Justiz keine AKP-Politiker ins Visier hat. Dagegen sagt Erdoğan, Grund für die Über-



Der türkische Präsident Erdoğan bei einer Sitzung seines Kabinetts. Image /Tur Presidency / Mustafa Kamali

Ultra-Hardliner lehnen Verhandlungen mit Trump ab

Iran. Das Regime ist gespalten. Die einflussreiche Paydari-Partei um Saeed Jalili stellt sich gegen einen Hormuz-Deal mit den USA.

Saeed Jalili. Er ist Mitglied im iranischen Sicherheitsrat, dem obersten Entscheidungsgremium in Fragen der nationalen Sicherheit, und verfolgt von seinem Posten aus die Verhandlungen zwischen dem Iran und Oman über eine gemeinsame Verwaltung der Straße von Hormuz aus der Nähe.

Eine Rückkehr zur freien Schifffahrt in Hormuz, wie es sie vor dem amerikanisch-israelischen Krieg gab, ist ausgeschlossen. Umstritten ist jedoch, wer die Tankerrouten durch die Meerenge kontrolliert und ob arabische Länder, die Ölindustrie und Reedereien für die Passage bezahlen müssen.

US-Präsident Donald Trump zufolge steht das Grundgerüst für eine Einigung. Trump hatte deshalb am Wochenende einen Großangriff auf den Iran abgeblasen. Laut Irans Außenminister Abbas Araghchi, der zu den Pragmatikern zählt, sind die iranisch-omanischen Gespräche in der Schlusskurve. Araghchis Ministerium erklärte, in den Verhandlungen seien

neue Tankerrouten besprochen worden.

Paydari – der Name bedeutet Standhaftigkeit oder Stabilität – betrachtet gemäßigte Politiker wie Araghchi als potenzielle Landesverräter. Ihnen wird vorgeworfen, iranische Interessen aufzugeben, um sich beim Westen einzuschmeicheln. Auch Araghchis Fernsehauftritte wurden zensiert.

Ideologie wichtiger als Wirtschaft

Für Paydari ist die Treue zur schiitisch-islamistischen Ideologie der Revolution von 1979 wichtiger als das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes oder konstruktive Beziehungen zu anderen Staaten. Vereinbarungen mit den USA kämen für die Paydari-Partei nicht in Frage, sagt der Iran-Experte Arash Azizi von der Universität Yale. Kern ihres politischen Programms seien ein extremer Anti-Amerikanismus und die Forderung nach strenger Anwendung islamischer Vorschriften, sagte Azizi der „Presse“.

Paydari stelle sich mit radikalen Positionen gegen andere Gruppen im politischen Spektrum und auch im Lager der Hardliner, meint Azizi. Paydari-Mitglieder kritisieren nicht nur den Pragmatiker Pezeshkian, sondern auch Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf, einen Hardliner, der wie Peseshkian zur engeren Führung gehört und als Verhandlungsführer in den Gesprächen mit der US-Regierung fungiert.

Kritiker werfen den Puristen von Paydari Heuchelei vor. Generalsekretär Sadek Mahsouli, ein Geschäftsmann und Ex-Innenminister, ist demnach mit Staatsaufträgen im Bau- und Ölsektor reich geworden. Das US-Außenministerium schätzt sein Vermögen auf mehrere Milliarden Dollar.

Wo steht Khamenei junior?

Als „klein, aber einflussreich“ beschreibt Azizi die Paydari-Partei. Bei der letzten Präsidentschaftswahl vor zwei Jahren unterstützte sie Dschalili, der damals Pezeshkian unterlag. Im April stimmte Dschalili laut Medienberichten als einziges der 13 Mitglieder des Sicherheitsrates gegen die Vereinbarung über die Waffenruhe mit den USA. Im Juni kritisierte der Paydari-Politiker Mahmud Nabavian die Grundsatzzei-



Ex-Atomverhandler Saeed Jalili. Image

gung mit Amerika und warf den iranischen Unterhändlern vor, gegen den Willen von Regimechef Mojtaba Khamenei gehandelt zu haben.

Ob Khamenei die Ansichten von Paydari teilt, ist offen. Die Partei stand loyal zu Khameneis Vater Ali Khamenei, der den Iran von 1989 bis zu seinem Tod bei einem Luftangriff zu Kriegsbeginn am 28. Februar führte. Der 56-jährige Mojtaba Khamenei lebt aus Angst vor einem amerikanisch-israelischen Anschlag im Versteck und gibt dem Regime keine eindeutige Linie vor.

Vakuum an der Spitze

Khameneis Abwesenheit schafft ein Vakuum an der Spitze des Staates, das den Machtkampf verschiedener Gruppen in der Führung verstärkt. Die Paydari-Partei ist eine dieser Gruppen, nach Einschätzung des Experten Azizi aber nicht die bestimmende: Paydari könne Druck auf die Führung ausüben, habe aber nicht genügend Rückhalt in den Institutionen, um Vereinbarungen mit den USA zu blockieren. Die Ultra-Hardliner werden trotzdem alles daran setzen, eine Einigung über die Straße von Hormuz zu verhindern.